

Neue Kraft der sozial-ökologischen Idee

von Alexander Bercht

und Ernst Dieter Rossmann ■■



Foto: www.photocase.com; © thesweetg

» Das Jahr 2008 war das Jahr der Mathematik. Dies galt nicht nur für das diesjährige Wissenschaftsjahr. Es war auch das Jahr der politischen Mathematiker, die rechnerisch versucht haben, dem entstehenden 5-Parteien-System Struktur zu verleihen und Machtperspektiven abzutrotzen. Dabei war absehbar: Angesichts der ungeliebten Großen Koalition musste zwischen den Mathematikern der Macht Streit darüber entbrennen, welche dritte Kraft man zu einer anvisierten Rot-Grün-Plus-Alternative denn hinzu bitten möge. Politisch hat dieser Streit für die SPD allerdings bisher wenig abgeworfen, außer der klammheimlichen Freude bei Merkel & Co., dass ihre Orientierungslosigkeit in wichtigen Zukunftsfragen durch die sozialdemokratischen Farbspielereien verdeckt werden konnte.

Vor allen Dingen hat die Oberflächlichkeit der Machtmathematik nicht dazu geführt, die Fundamente für eine rot-grüne Perspektive wieder zu festigen. Tatsächlich sind seit der Wahl 2005 die Zweifel an der Zukunftsfähigkeit des vermeintlich rot-grünen Kernes gewachsen – auf beiden Seiten. Viele der grünen Bürgerkinder haben die parteipolitischen Lockerungsübungen dazu genutzt, sich demonstrativ dem politischen Schoß ihrer Elternhäuser wieder anzunähern. Und dies nicht nur aus strategischen Gründen. Ob dieses Liebesentzuges verbreitet sich auch bei vielen SozialdemokratInnen eine Stimmung, die einer Neuauflage einer rot-grünen Koalition sehr reserviert gegenübersteht und sie nur als eine Variante neben anderen betrachtet. Begleitet wird diese Einstellung vielfach mit dem Hinweis, dass das rot-grüne Projekt schon immer ein überschätztes gewesen sei. Dem müssen wir dringend entgegentreten.

□ Die SPD muss sich ehrlich machen!

» Denn es gibt wahrlich gute Gründe, die dafür sprechen, sich wieder stärker auf die konkrete Arbeit an dieser Konstellation zu konzentrieren, statt sich weiter an dem öffentlichen Koalitionsmikado zu beteiligen. Dies ist kein Plädoyer für Naivität. Machtfragen müssen realpolitisch beantwortet werden, aber dafür müssen sie sich erst einmal stellen. Die wachsende Offenheit gegenüber Anzahl und Anstrich möglicher Bündnispartner darf jedenfalls nicht auch zu wachsender Bescheidenheit im Denken und Handeln führen. Wenn die SPD die große Volkspartei auf der linken Seite der Gesellschaft bleiben will, muss sie auch so auftreten. Dies gilt umso mehr, wenn man sich die Freiheit nimmt, die potenziellen Partner mehr so zu sehen, wie sie tatsächlich sind, anstatt sie so zu sehen, wie man sie sich gerne wünschen würde. Dies gilt sowohl für die unbeirrt marktradikale Westerwelle-FDP, deren häufig beschworene Bürgerrechtstradition bei den gegenwärtigen liberalen Führungskadern lediglich nostalgische Gefühle weckt und deren sozial-liberale Quellen in der Tradition Karl Hermann Flachs und Walter Scheels erst einmal wieder erschlossen werden

müssten. Und ein gleiches gilt für eine Linkspartei, die sich in Robin-Hood-Manier öffentlichkeitswirksam gegenüber der SPD auf die Lauer legt und nicht bemerkt, dass der nationale „Sherwood Forrest“ allein auch für sie keinen Schutz mehr bietet, wenn das globale „Waldsterben“ längst eingesetzt hat.

□ Die SPD muss die Widersprüche der neuen Zeit nutzen!

» Vor allem gibt es jedoch inhaltliche Gründe, die den Druck erhöhen, die sozial-ökologische Idee wieder zu beleben und ihr neue Kraft zu verleihen. Vieles spricht dafür, dass die realen politischen Herausforderungen und die gewandelte gesellschaftliche Stimmung nach den spezifischen Kompetenzen einer erneuerten rot-grünen Zusammenarbeit verlangen. Zum zweiten Mal in der Nachkriegszeit erleben wir das Ausbrechen einer Finanzkrise, die ihren Anfang in einer Krise auf den Rohstoffmärkten nimmt, um dann ein ganzes globales Finanzsystem aus den Angeln zu heben. So war es in den 1970er Jahren, als die Ölkrise die weltweite Inflation antrieb, bis die Notenbanken nicht mehr in der Lage waren, die im Bretton-Woods-System fixierten Wechselkurse durch Intervention zu stützen und so das System fester Wechselkurse zusammenbrach. Dies erleben wir auch heute wieder: Ein durch Schrott-Kredite aufgeblähter US-Immobilienmarkt platzte in dem Moment, als eine Aufwärtsspirale bei den Öl- und Energiepreisen das verfügbare Einkommen breiter Teile der Bevölkerung reduzierte und so die Kredit-Wette bei vielen Haushalten nicht mehr aufging. Aus echter Knappheit bei den fossilen Energieträgern, überbordenden Rohstoffspekulationen und künstlich aufgeblasenen Immobilienmärkten hatte sich so ein brisantes Gebräu entwickelt. Als es dann überkochte, wurden aus dem Vertrauen in die Finanzinstitutionen und zunehmend auch aus der Verfügbarkeit sicherer Arbeitsplätze ebenfalls schnell knappe Güter.

□ Die neue Zeit verlangt sozial-ökologische Antworten!

» Nicht nur die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass wir in neuen Zeiten leben, die eine erneuerte Politik verlangen. Es ist die historische Leistung der ArbeiterInnenbewegung gewesen, dem Kapitalismus die Demokratie und den Wohlfahrtsstaat abzukämpfen. Wir merken aber, dass dieser Kompromiss nicht für die Ewigkeit gemacht war. Dies macht die neue Zeit aus, in der wir leben. Eine Zeit, in der für neue Kompromisse gestritten werden muss. Arbeit und Umwelt, Markt und Demokratie, Wettbewerb und Wohlfahrtsstaat: Das sind die vermeintlich zentrifugalen Kräfte, die wir in eine neue Balance bringen müssen. Die Notwendigkeit dieser neuen Balance ist mit den Händen zu greifen. Vollbeschäftigung bleibt Illusion, wenn wir steigende Energiepreise nur über den Faktor Arbeitsproduktivität zu kompensieren versuchen. Steigende Produktivität bei unserem Energieeinsatz kann den (Kosten-)Druck auf industrielle Arbeitsplätze abmildern. Auch dies gehört dazu, wenn wir von Guter Arbeit reden.

Foto: www.photocase.com; © siana's



Wirksame sozialstaatliche Absicherung werden wir nur erhalten können, wenn wir neue Solidarität darüber herstellen, dass sich alle mit allem an seiner Finanzierung beteiligen. Es muss aber auch darum gehen, dass ein starker, erneuerter Sozialstaat Kapitaleinkünfte, aber auch Kapitalmärkte nutzen muss, wenn er Sicherheitsnetz bleiben wil, statt Drahtseil zu werden. Auch deshalb sind funktionierende Finanzmärkte ein wichtiges öffentli-

ches Gut. Allerdings sehen wir jetzt auch, dass diejenigen, die den Umbau des Sozialstaates gerne als Versicherungssubventionsprogramm gesehen hätten, in diesen Wochen ihr politisches Waterloo erleben.

□ Die soziale Demokratie ist die bessere Ordnung!

»» Dabei stellt sich in der gegenwärtigen Finanzkrise nicht allein die Frage nach besserer Regulierung. Die brutale Macht der globalisierten Finanzmärkte fordert im Kern unsere Demokratie heraus. Sie versucht, unsere kollektive Freiheit als Gesellschaft und unsere individuelle Freiheit als Individuum zu beschneiden. Die Gründung neuer Kontroll- und Regulierungsbehörden wird nicht ausreichen, um mindestens wieder Augenhöhe mit den Finanzjongleuren herzustellen. Dazu müssen wir wieder über die Bedeutung von Demokratie diskutieren – auch in der Wirtschaft. Dies bedeutet vor allem moderne und gestärkte Mitbestimmung sowie eine Renaissance und Rehabilitierung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Angesichts der ökonomischen Entwicklungen erhält das Projekt des sozial-ökologischen Umbaus neuen Wind in seine Segel. Die globale Erwärmung und globale Armut werden wir nicht durch Energiesparlampen und Care-Pakete lösen. Diese epochale Menschheitsaufgabe wird nur eine realistische Perspektive haben, wenn wir unser gegenwärtiges Modell des Wirtschaftens und Arbeitens grundlegend überdenken. Neun der zehn größten Weltkonzerne gründen ihr Geschäftsmodell auf der Ausbeutung der Umwelt. Die internationalen Finanzmärkte nutzen die Instrumente der Kurzfristökonomie – Quartalsberichte und Aktienoptionen – als Peitsche, um die Schraube bei Sozial- und Umweltstandards immer noch ein Stück weiter nach unten zu drehen. Dass dieses Gewinde sich am Anschlag befindet, erleben wir zurzeit. Wenn wir nicht erleben wollen, wie die Welt aussieht, wenn die Schraube über den Anschlag hinaus gedreht wird, brauchen wir tiefgreifende Veränderungen. Dies erfordert einen grundlegenden

Strukturwandel, der Gesellschaft und Ökonomie über eine Versöhnung von Arbeit und Umwelt in eine neue Balance bringt und damit den Weg für mehr Beschäftigung, Gute Arbeit und ein gesundes Leben ebnet.

□ Rot-grün jetzt vorbereiten!

»» Wir können die ökonomischen, ökologischen und sozialen Probleme weniger denn je isoliert betrachten. Diese Erkenntnis ist nicht wirklich neu. Man muss aus ihr nur die richtigen Konsequenzen ziehen. Rot-grün hat in den sieben Jahren mehr bewegt, als wir selber oft wahr haben wollen. Vieles ist aber auch unerledigt geblieben und nicht zu Ende gedacht worden. Dies ist auch deshalb so verstopft worden, weil nie wirklich ein rot-grünes Projekt aufgebaut und inhaltlich durchdacht wurde. Um diesen Fehler nicht erneut zu begehen, brauchen wir Mut im Denken und im Handeln, gerade in Zeiten neuer Unsicherheiten und alter Ungerechtigkeiten. Vielleicht sogar noch mehr als vor zehn Jahren besteht jetzt politische Offenheit und gesellschaftliche Unterstützung für den Kurs der sozial-ökologischen Erneuerung. Dieser Idee müssen wir neue Kraft verleihen. ■

☞ Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB, ist Sprecher der Parlamentarischen Linken und lebt in Elmshorn.
☞ Alexander Bercht ist Mitarbeiter der Parlamentarischen Linken und lebt in Berlin.